



## Raus aus der Schuldenfalle!

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei unserer erstmaligen Kandidatur zu den Kommunalwahlen 2004 deckten wir von *AUF Witten* auf, dass Witten mit über 300 Millionen € in die Schuldenfalle geraten ist. Gleichzeitig lehnten wir die gängigen Konzepte der Personaleinsparung ab. Nicht nur, weil es unmöglich ist, mit dem Abbau in vor allem unterer Lohngruppen wie Stadtreinigung, Feuerwehr und Erzieherinnen solche Größenordnungen auch nur ansatzweise einzusparen. Sondern vor allem, weil diese städtischen Mitarbeiter am allerwenigsten für die Misere verantwortlich gemacht werden können. Ihr Abbau verschlechtert die Lebensqualität in Witten, erhöht die Arbeitslosigkeit und erzeugt neue Schulden für neue Sozialgelder.

Finden Sie es nicht auch äußerst seltsam, dass diese nachgewiesenen Tatsachen von den für die Ratspolitik Verantwortlichen fünf Jahre lang nicht aufgegriffen wurden? Nicht einmal, um von ihrer eigenen hausgemachten Verschwendung mit großkotzigen Vorzeigeprojekten und vom Missbrauch kommunalen Vermögens zugunsten weniger Auserwählter abzulenken?

Erst Ende 2009 wurde nach Düsseldorf gefahren, um von der Landesregierung „eine Kehrtwendung um 180 Grad“ zu fordern. Dabei liegen Vorschläge zu einer radikalen Umkehr bereits seit fünf Jahren auf dem Tisch, wie z.B. das von *AUF Witten* geforderte Zinsmoratorium (auf S. 2 mehr dazu). Das wurde aber nicht nur missachtet, sondern sogar noch verhöhnt und in das Reich der Fabel verwiesen.



Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von AUF Witten

bisherigen unaufhaltsam voranschreitenden Überschuldung der Gemeinden ist, wie der Stadtkämmerer durchaus richtig sieht: „Seit Jahrzehnten ziehen die Kommunen bei der Verteilung der Steuermittel den Kürzeren und werden weiterhin von Bund und Land mit immer neuen zusätzlichen Aufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung belastet.“

### ...ein Bündnis zur weiteren Umverteilung?

Die daraus entstandene chronische Umverteilung von unten nach oben ist der Grund dafür, dass die Kommunen ihre einmal gemachten Schulden nicht mehr zurückzahlen können und immer neue Schulden machen müssen, um überhaupt noch die Zinsen zahlen zu können.

### Kommunales Aktionsbündnis ...

Ende des Jahres 2009 haben sich 19 Städte des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes zu einem **Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“** zusammengeschlossen. Zurück aus Düsseldorf berichtete Stadtkämmerer Kleinschmidt am 18. Dezember 2009: „Jetzt wird an der Sache endlich gearbeitet.“ Das Gespräch im Landtag mit Landtagspräsidentin Regina van Dinther (CDU) und Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) sei von einer wohlthuend sachlichen Atmosphäre geprägt gewesen. Das ist schon sehr verdächtig. Wäre es wirklich um eine Kehrtwendung um 180 Grad gegangen, wären vermutlich richtig die Fetzen geflogen. Denn die Ursache der

### Inhalt

- |     |   |
|-----|---|
| 1/2 | <b>Raus aus der Schuldenfalle</b>             |
| 3   | <b>Haushalt der Stadt Witten ein Desaster</b> |
| 4/5 | <b>Das meint der Leser</b>                    |
| 6/7 | <b>Umwelt</b>                                 |
| 8/9 | <b>Stadtwerke ein Neubeginn?</b>              |
| 10  | <b>5 Jahre Kampf gegen Hartz IV</b>           |
| 11  | <b>Internationaler Frauentag am 8. März</b>   |
| 12  | <b>Gebt der Jugend eine Chance</b>            |

## Fortsetzung von Seite 1

An dieser Umverteilung soll sich nichts ändern, im Gegenteil:

**Das kommunale Aktionsbündnis wird dazu missbraucht, die Umverteilung weiter fortzuführen, nur mit besserer Tarnung.**

Das belegen die bisherigen Materialien des Bündnisses. Zwar wird dort das Ziel ausgegeben, „die vor dem finanziellen Aus stehenden Städte vor einem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität ihrer Bürger zu sichern.“ Aber die vorgeschlagene **Entschuldungsstrategie wird genau das Gegenteil** bewirken. Ihr Kern ist nicht, die Kommunen auf Kosten der Banken und Großkonzerne als bisher einzige Profiteure der kommunalen Verschuldung zu entlasten. Davon steht in den Plänen kein Wort. Auch werden keine durchgreifenden Reformen gefordert, um den Kommunen aufgebürdete Leistungen wieder auf Kosten von Bund und Land zu finanzieren. Da hört man nur allgemeines Gefasel. Wäre das anders, müssten die Milliarden des Bankenschirms den Kommunen zufließen, daran aber denkt das Bündnis nicht im Traum.

## Hilfe zur Selbsthilfe?

Stattdessen wird „Hilfe zur Selbsthilfe“ gefordert, und zwar in erster Linie vom Land und in zweiter Linie vom Bund. Um diese zu erhalten, „**verpflichten sie sich selbst zu weiteren eigenen harten Sparmaßnahmen.**“ Die **Bezahlung der Schulden und Zinsen soll also weiterhin aus der Bevölkerung herausgepresst werden.**

Dazu soll ein **Entschuldungsfonds** eingerichtet werden. Dieser ist eine **Mogelpackung**, um rein statistisch die Kassenkredite für die Dauer von zehn Jahren aus dem kommunalen Haushalt herauszubekommen und dadurch das tatsächliche Ausmaß der Verschuldung und ihrer Kosten zu verbergen.

So heißt es in dem Strategiepapier des Bündnisses:

„Nach der Überführung der kommunalen Kassenkredite in den Entschuldungsfonds bleiben die Städte und Gemeinden weiterhin **Eigentümer ihrer Verpflichtungen** und tragen deshalb für die hierfür anfallenden Zinsausgaben und Tilgungsleistungen die Hauptverantwortung.“

**Die nach zehn Jahren „verbleibenden Restschulden werden wieder an die Schuldnergemeinden rückübertragen.“**

## Selbsthilfe mal anders

Damit steht fest: die groß aufgeblasene Aktion ist nichts anderes, als angesichts der dramatischen Finanzentwicklung scheinbar auf die von den alternativen Kommunalwahlbündnissen vorgebrachten Vorschläge einzugehen, in Wahrheit aber nur der Versuch, Zeit zu gewinnen, um die bisherige Politik weiterzuführen.

**Diese Zeit dürfen wir diesen Herrschaften im Interesse vor allem unserer Jugend und ihrer Zukunft nicht geben!**

Wir brauchen uns nicht zu wundern, mit welcher Unverfrorenheit hier mal wieder versucht wird, den Bürger für dumm zu verkaufen. Wie kann man von führenden Mitgliedern von Parteien wie CDU, SPD und GRÜNE **unten** eine oppositionelle Kommunalpolitik erwarten, nachdem sie **oben** in Bund und Ländern genau die Gesetze gemacht haben, unter denen die Kommunen leiden?

Vielmehr muss doch erwartet werden, dass sie ihre Funktionen in den Kommunen missbrauchen, um die Umverteilungspolitik ihrer Parteizentralen umzusetzen und jeden Widerstand zu unterlaufen.



Im Umkehrschluss heißt das auch:

**Jeder Bürgermeister und jede Bürgermeisterin, die mit der überparteilichen, alternativen und fortschrittlichen kommunalen Bewegung zum Wohle seiner/ihrer Stadt zusammenarbeiten will, wird die volle Unterstützung dieser Bewegung haben.**

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern – dafür steht **AUF Witten**.

Werden Sie deshalb selbst auch aktiv! Das mag ungewohnt und unbequem sein, aber nur eine wirkliche Alternative zur bisherigen Politik beinhaltet die Chance positiver Veränderung.

## Was ist das Zinsmoratorium?

- **Moratorium** bedeutet Aufschub. Das heißt, fällige Zinszahlungen werden ausgesetzt, sodass im Beispiel Witten **jährlich ca. 13 Millionen € für dringend nötige Investitionen zur Verfügung stünden**
- Mit dem Moratorium fällt auch die Notwendigkeit weg, neue Schulden zu machen, weder für Investitionen noch für Zinszahlungen.

## Wie kann das funktionieren?

- Der einfachste Weg dazu wäre, die bestehenden Kredite in zinslose Darlehen umzuwandeln mit sehr langen Tilgungsraten. Was jeder Bank zugestanden wurde, muss auch der Stadt zugestanden werden.
- Es kann auch gesetzlich geregelt werden im Rahmen eines Gesamtpaketes zur Neuordnung der kommunalen Finanzen.
- Welcher Weg auch beschritten wird, er kann nur erfolgreich sein, wenn darum gekämpft wird – ohne Kampf saugen Banken und Konzerne die Kommunen aus und die Politiker machen die dazu notwendigen Gesetze.

Das Verhalten der CDU-Landtagspräsidentin Regina van Dinter, die sich von der RAG für nur zwei Stunden „Arbeit“ 30.000 € bezahlen ließ, beweist eindrücklich:

Um ihre Interessen müssen sich die Menschen selbst kümmern, anstatt das Stellvertretern zu überlassen.

Wer für ein lebenswertes Witten und um eine Zukunft für die Jugend kämpfen will, ist in AUF Witten nicht nur herzlich willkommen, sondern am richtigen Platz. Gemeinsam lassen sich Berge versetzen.



Achim Czulwick, (55)

## Haushalt der Stadt Witten: ein Desaster

Interview mit Ratsmitglied Achim Czulwick (*AUF Witten*)

Am 4.12.09 stand in der Presse, der Haushalt 2010 der Stadt Witten ginge in die Beratung. Seither hat man nicht mehr viel davon gehört. Nur die Hiobsbotschaft, dass sich 2010 ein neues Finanzloch von fast 51 Millionen € auftut und die Stadt Mitte 2010 „pleite“ sei, ohne dass jemand der Offiziellen widersprochen hätte. Weiterhin erfährt man, dass der Rat am 8. März über den Haushalt entscheiden soll. Es wird Kürzungen geben: was Stadtverwaltung und Bürgermeisterin aber genau vorhaben, soll wohl erst dann an die Öffentlichkeit, wenn alles beschlossen ist.

Wir sprachen mit Achim Czulwick, der zum zweiten Mal für *AUF Witten* in den Rat einziehen konnte.

? *Wie ist der neue Haushalt einzuschätzen?*

**Achim Czulwick (A.C.):** Was mir vorliegt ist ein weiteres Dokument der **Umverteilung von unten nach oben, die bisherige Politik wird einfach fortgesetzt**. Doch während der Spielraum für Kürzungen im Personalbereich der Stadt, bei der Vernachlässigung wichtiger Investitionen zum Erhalt des kommunalen Eigentums wie Straßen, Schulen, Kanalnetz usw. immer geringer wird, steigen Schulden und Schuldendienst überproportional.

? *Hat das Konjunkturprogramm II denn nichts gebracht?*

**A.C.:** Das Konjunkturprogramm II hat verdeckt, wie ernst die Lage ist. Zehn Milliarden € wurden den Kommunen **insgesamt** zugesagt. Damit war aber verbunden, dass sie künftig fünf Milliarden € **jährlich** weniger Bundesmittel zugewiesen bekommen. Die zehn Milliarden € waren der Schleier, um die weitere Verschlechterung der kommunalen Finanzen zu verdecken.

? *Und das kommunale Bündnis von 19 Kommunen zum Schuldenabbau?* (siehe S. 1/2)

**A.C.:** So etwas könnte eine Chance sein, die herrschende kommunale Finanzierung grundlegend zu ändern. Aber der so genannte **Entschuldungsfonds hält nicht, was der Name verspricht**.

Zwar ist von Schuldenabbau die Rede, aber es findet keiner statt. Es geht nur um ein **neues Schuldenmanagement**. Die Kommunen sollen für zehn Jahre so tun können, als hätten sie keine Schulden mehr. Kehrseite davon ist, dass auch die Öffentlichkeit in dieser Zeit nicht mehr erfährt, wie sich die Schulden entwickeln. Das Problem wird einfach ausgeblendet, man befasst sich nicht mehr damit, verschärft es aber dadurch garantiert.

? *Woran arbeitet AUF Witten jetzt?*

**A.C.:** Wir arbeiten in unserem Ratsteam an der Feinanalyse einzelner Produktgruppen, wie es neuerdings in der Haushaltsplanung heißt. Da sind Bereiche wie Kinder und Jugend, Umwelt, Stadtwerke besonders interessant, weil wir an diesen Themen schon länger systematisch dran sind und Alternativen erarbeitet haben. Natürlich müssen wir uns auch genauer mit dem Haushaltssicherungskonzept beschäftigen, weil dort entwickelt wird, auf welchen Gebieten städtische Leistungen gekürzt werden.

? *Welche Lösung gäbe es für das Finanzproblem?*

**A.C.:** Bisher sind die Kommunen von ausnahmslos jeder Bundesregierung und Landesregierung als Melkkühe für ihre Politik missbraucht worden: Milliarden für Bankenschirme und Konzerne, für Rüstung und Auslandseinsätze, für protzige Neubauten in Berlin oder üppigste Gehälter für Spitzenbeamte und Abgeordnete.

Mit dieser Politik muss gebrochen werden. Deshalb fordern wir, dass solange keine Zinsen mehr gezahlt werden, bis die größten und wichtigsten Investitionen getätigt sind: ein **Zinsmoratorium**. Das bringt rund 13 Millionen € jährlich.

Ich frage mich allerdings bei Null Chancen, dass Witten seine Schulden jemals zurückzahlen kann, ob hier nicht noch viel radikaler eine Entschuldung angepackt werden muss, z.B. in dem das Land als Gesamtschuldner mit den Banken eine **Schuldenniederschlagung** verhandelt, ähnlich den Gepflogenheiten bei einer Insolvenz.

? *Wie müsste ein alternativer Haushalt aussehen?*

**A.C.:** Ich nenne nur Stichpunkte:

- Zinsmoratorium und Neuverteilung der Einnahmen und Belastungen zwi-

schen Bund, Land und Stadt

- Ausbildungsquote von 10 Prozent in Stadtverwaltung und Eigenbetrieben
- Bau zweier Kryo-Recycling-Anlagen und einer IMK-Anlage zur vollständigen Kreislaufwirtschaft mit Schaffung neuer Arbeitsplätze und Rückgewinnung hochwertiger Rohstoffe
- strikte Ablehnung jeglicher Privatisierung bei öffentlicher Kontrolle und Abschaffung von Privilegien in der Führungsetage stadteigener Betriebe.
- Der Investitionsbedarf (Schulen, Straßen etc.) ist genau darzustellen, damit sich jeder ein Bild machen kann.

Von alledem ist kaum etwas im derzeitigen Haushaltsplan enthalten. Zudem ist er für die große Masse nicht zu durchschauen, er muss einfacher und transparenter werden.

**Für mich ist auch wichtig, wie demokratisch es im Rat zugeht. Das führt zur Frage, wie die Verhältnisse geändert werden können: die Menschen müssen ihre Rechte wahrnehmen und auf die Straße gehen! Für solche Bewegungen stehe ich als Sprachrohr im Rat zur Verfügung.**



Der Sackträger – ein altes Symbol, wie die Lasten verteilt sind

# Das meint der Leser

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.)



## Politisch aktiv werden

Sehr geehrter Herr Frey, seit ich nach vielen Jahren in meine alte Heimatstadt Witten (wo ich aufwuchs, zur Schule ging...) zurückzog, trage ich mich mit dem Gedanken: Selber politisch aktiv zu werden, wobei ich mir aber über Parteibeitretung (--wo bloß?) wirklich nicht im Klaren bin.

Zugegebenerweise habe ich bereits Schwierigkeiten bei Wahlen, meine Kreuze zu wählen - sehr große sogar: Wir sehen uns (innerfamiliär, im Freundeskreis) ja gar nicht mehr vertreten.

Aus eigener Erfahrung mit Hartz IV drängt sich mir - auch nach allen Schikanen- der Eindruck auf: Könnte es gar sein, dass diese Gesetzgebung auch zur Lohndrückerei missbraucht wird? Nun, nicht nur das, ich könnte so vieles mehr Negatives darüber berichten (schon mit meinem Erfahrungshintergrund), möchte nun aber sehr entschieden selber aktiv werden: Und würde mich freuen, bald von Ihnen zu hören...

Mit freundlichen Grüßen I.B.

## Wir sind das Volk

Bei genauer Beobachtung der momentanen Situation in unserem Land, kann man klar erkennen und definieren, dass wir heute nach Art und Weise der Medici im 16. Jahrhundert regiert werden. (Siehe Machiavellis Werk *Der Fürst*.)

Zur eigenen Machtmanifestierung schafft man überall neue Stellen an wichtigen Schalthebeln der Macht, natürlich mit eigenen Leuten besetzt.

Resultat: Man schafft so einen Chor von gleich lautenden Stimmen und Aussagen und erzeugt die Illusion von Gleichheit, Toleranz und Gerechtigkeit für alle Menschen in unserem Demokratiesystem: in Zeiten der politischen Seilschaften, der beruflich und privaten Netzwerke untereinander, leider nur ein frommes Wunschenken.

Anschaulich zu betrachten bei PR-Agenturen, Generalsekretären, Wirtschaftsinstituten, Wirtschaftsverbänden, uniformer Presse und Massenmedien. Gleichzeitig entsteht ein so genannter Hofstaat, ein in sich selbst bespiegelndes System.

Ein jeder von uns sollte klar erkennen, dass sich unser Leben im Allgemeinen nur in den üblichen täglichen Abläufen abspielt. Wir, das mündige Volk, verstehen oft nicht, dass wir uns in einer Situation befinden, die uns auf der Stelle treten lässt und unsere gesteckten Ziele in weite Ferne rückt.

Unser Dasein ist vergleichbar mit einem schlechten Film, in dem wir die meiste Zeit keine große Rolle spielen, es sei denn die des Zuschauers.

**Mobilisieren wir wieder unsere politischen Kräfte gemeinsam mit Gesinnungsgenossen.** Machen wir wieder gemeinsam in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam, dass viele Menschen in unserer Zweidrittel-Gesellschaft sich im Stich gelassen fühlen von den Verantwortungsträgern in Staat und Kirche.

Fakt ist: Wenn **einer** von uns träumt ist es ein Traum. Wenn **viele** träumen ist es der Anfang einer Wirklichkeit.

A.S. - Witten



## "Schulfrei" fürs Wohnen im Speckgürtel

(Zur geplanten Bebauung auf dem Gelände der abgerissenen Durchholzer Grundschule)

Ich möchte es gern mal auf die Spitze treiben: Hier sollen freistehende Einfamilienhäuser entstehen, die teuerste Form des Wohnens überhaupt.

In Abwesenheit einer Grundschule - eher attraktiv für das suburbane Klientel, den so genannten DINKS\* - eigentlich die klassischen Wähler der CDU, die jeden Morgen mit ihren "Tuaregs" oder "Cheyennes" durch das unwegsame Gelände der Durchholzer- und Vormholzer Straße zur Arbeit oder zum Marktkieker fahren, um sich vier Brötchen zu kaufen.

Diese neoliberale Wohnungspolitik ist auch ein Beitrag der SPD und der Grünen zum Klimawandel.

\*double income no kids = doppeltes Einkommen, keine Kinder

Name der Redaktion bekannt

## Das meint der Leser - Fortsetzung von Seite 4

Der Weg ist noch  
nicht das Ziel...



### Bürgerbegehren verbinden mit Demos

Als es im Rat um die (Nicht-)Zulassung des Bürgerbegehrens gegen den Abriss der Durchholzer Schule ging, fehlten der CDU wunderbarerweise durch Abwesenheit genau die Stimmen, die für die Zulassung des Bürgerbegehrens gebraucht wurden.

Ein Schelm, der böses dabei denkt.

Fazit: erfolgreiche Bürgerbewegungen müssen selbständig handeln und dürfen sich nicht von Initiativen oder Versprechungen von Parteien abhängig machen. So kann man sehr gut mit Demonstrationen sein Anliegen verdeutlichen und politischen Druck aufbauen.

Romeo Frey, Witten

### Ohne Ziel kein Weg

Wer kein Ziel vor Augen hat, kann auch keinen Weg hinter sich bringen. Welch eine große Herausforderung ist es doch, in der Gegenwart zu leben! Oft aber haben wir nichts anderes im Sinn als den gegenwärtigen Augenblick durch Zukunftssorgen zunichte zu machen. Im Grunde genommen können wir nichts anderes tun, als im Heute sozial engagiert zu leben und für unsere Mitmenschen Spuren hinterlassen.

Fest steht: Es sind vor allen Dingen unsere Gedanken, und unsere Gefühle die uns zu erkennen geben, ob wir in dieser sozial kalten Ellenbogen-Gesellschaft unseren Platz gefunden haben. Durch unsere persönliche Einschätzung sind wir dazu in der Lage, in dieser schnelllebigen Welt schrittweise positive Veränderungen auf den Weg zu bringen. Vor-

aussetzung dabei ist allerdings Toleranz, Akzeptanz und ein faires Zusammenspiel der Mehrheitsgesellschaft mit der Minderheitsgesellschaft.

Fazit: Das Gestern ist ein ungültiger Scheck, das Morgen ein Schuldschein, das Heute ist von tragender entscheidender Bedeutung. Nehmen wir daher beherrscht das Leben mit seinen permanenten Problemen in die Hände und versuchen wir zu reformieren was in diesem Lande schon lange überfällig ist. Auseinandersetzungen, ob sie nun in uns stattfinden, zwischen Menschen oder zwischen Staaten, sind immer mit Störungen und menschlichen Verletzungen verbunden - überwinden wir unsere Ängste, nehmen wir unsere verbrieften Rechte wahr, reden wir Klartext zum Wohle aller Menschen in diesem Land.

Die Wahrheit kann verleugnet, aber auf Dauer nicht unterdrückt werden.

herzliche Grüße an das gesamte Team von AUF Witten – A.Y.

### Betreuung Demenzkranke kein „Job“

Ein aktuelles Thema ist zur Zeit wieder in aller Munde und zwar der anstehende Beschluss des Spitzenverbandes der Pflegekassen nach Erfordernis der Richtlinien circa 10.000 zusätzliche Betreuer und Betreuerinnen auf Kosten der Pflegekassen für demenzkranke Personen in Altenheimen einzusetzen.

Die Bundesregierung geht sogar noch einen Schritt weiter und will Langzeitarbeitslose für diese sensiblen Tätigkeiten einsetzen. Hiermit kommt in dieser wichtigen Angelegenheit für meine Begriffe euer Engagement verstärkt ins Spiel.

Innerhalb der Bevölkerung wird erwartet, dass zu diesem Thema sozial engagierte Personen gezielt in der Öffentlichkeit Stellung beziehen.

Von scharfer Kritik der Sozialverbände und auch kontroversen Diskussionen innerhalb der Bevölkerung werden diese auf den Weg gebrachten Veränderungen begleitet, es bestehen noch viele Mängel im Detail, vor allen Dingen sind 160 Ausbildungsstunden für dieses Aufgabenfeld in der Demenzbetreuung nicht ausreichend. 900 Stunden wären angemessen und akzeptabel, auch muss vorab

abgeklärt werden, dass die Bezahlung der künftigen Pflegeassistenten der erbrachten Leistung entspricht und vertraglich garantiert wird, außerdem sollte den drei Grundpfeilern berufliche Eignung, kluger Verstand gepaart mit mitfühlendem Herzen ein besonderer Stellenwert beigemessen werden.

Name der Red. bekannt

### Hilferuf löst Solidarität aus

(zum Schulverweis einer 12-Jährigen Schülerin am AMG 2009)

Aus meiner Sicht war es eine pädagogische Fehlentscheidung.

Ich glaube nicht, dass das, was die Schülerin an der Tafel angekündigt hat, eine bewusste Amokdrohung gewesen ist. Ihre Handlung war sicherlich nicht richtig und muss psychologisch aufgearbeitet werden.

Vielmehr sehe ich aus meinem Verständnis in dieser Schrift einen Hilferuf, der selbst bei Mitschülern nach deren Schock-Verarbeitung Nachdenklichkeit und Solidarität ausgelöst hat.

Wenn man diese Schülerin an eine andere Schule versetzt (was geschehen ist), nimmt sie ihre Vorurteile mit. Was bedeutet, dass sie an der neuen Schule weder Vertrauen zu Mitschülern und Pädagogen hat, sich ihre persönliche Situation nicht verbessern wird, ja sogar verschlechtern kann.

Nicht auszudenken: „wenn...!?“ Ich frage mich, wer dann die Verantwortung übernimmt.

Gregor Duve, Witten



Mit 12 in der Sackgasse?

# Haushalt im Licht der Umweltpolitik

von René Schlüter, Sprecher im Vorstand von *AUF Witten* und Mitglied der Umwelt AG

Hauptproblem jeder Form von Kommunalpolitik ist angesichts seit Jahren unausgeglichener Finanzen leider erst mal die kommunale Finanzlage. Seit Jahren wird versucht, die durch fehlerhafte Politik verursachte Schuldenbelastung unserer Kommune durch die Aufnahme neuer Schulden auszugleichen. *AUF Witten* fordert deshalb seit mehreren Jahren ein Zinsmoratorium (siehe S. 1/2). Teile des dadurch eingesparten Geldes sollten in einen ökologischen Umbau unserer Stadt fließen, um Witten bezüglich der Lebens- und Wohnqualität und auch seiner Attraktivität als lokales Naherholungsgebiet einen zukunftsfähigen und damit langfristig wachstumsfördernden Aufbau zu geben.

## Bisherige Umweltpolitik ohne Perspektive

Bevor wir mit unseren alternativen Umweltpolitikansätzen beginnen, wollen wir einen Blick auf die zur Zeit von der Stadt getätigte Umweltpolitik wagen. So wurde vor kurzem in unseren hiesigen Tageszeitungen unter anderem vom Aufbau zweier Photovoltaikanlagen auf den Verwaltungsgebäuden der Stadtwerke an der Westfalenstraße und von der Realisation eines ökologisch effizient gebauten Anbaus an die Baedekerschule berichtet.

Diese Maßnahmen sind durchaus zu begrüßen, sind jedoch wohl groß gefeierte, aber tatsächlich nur winzige Ansätze einer langfristigen, ganzheitlichen Umweltpolitik.

Dies wird besonders deutlich an geplanten Investitionen in wirklich nicht sehr zukunftsträchtige Kohlekraftwerke und der nur laschen Verfolgung von

unternehmen (Degussa, HP Pelzer, DEW) durch unsere Kommunalorgane oder die zu erneuten Messungen drängende Luftqualität in Witten.

Die bisherige kommunale Umweltpolitik ist also ein vereinzelter, kleiner Schritt in die richtige Richtung **unter dem deutlich sichtbaren Hauptziel eines Schutzes von Unternehmensgewinnen von Industrie und Energieversorgern**. Dabei fließen diese noch nicht mal in zu rechtfertigendem Maße in unsere Stadt zurück. **Den langfristigen, zukunftsfähigen Ansatz einer solchen Umweltpolitik vermag ich nicht zu erkennen.**

## Inhalte einer zukunftsfähigen Umweltpolitik

Was könnte nun aber zukunftsfähig und angesichts der langfristig auszugleichen den Finanzlage angebracht sein?

Die Voraussetzung für eine finanzielle Gesundung unserer Kommune kann nur



Ansiedlung von Unternehmen liegen. Attraktiv für die Ansiedlung von Unternehmen wäre Witten als Standort für moderne, ökologisch effizient produzierende Unternehmen, z.B. durch regelmäßige Kontrolle und Veröffentlichung der Umweltdaten unserer Stadt und Verfolgung von Umweltbelastungen.

Auch die bereits in Witten ansässigen Unternehmen würden bei kontrolliert und veröffentlicht guten Umweltdaten sicher von einem Werbeeffect profitieren.

Zur Ansiedlung von Unternehmen aus dem Einzelhandel und Dienstleistungsunternehmen und zum Zuzug neuer Bewohner ist sicher die Einkaufs- bzw. Wohnqualität in Witten und somit auch die Lebensqualität in unserer Stadt sehr wichtig. Diese Lebensqualität in Witten wird jedoch nicht unerheblich von den Umweltbedingungen bestimmt.

Ein **langfristiges, ganzheitliches und auch durchgesetztes Umweltkonzept** könnte durch seine Zukunftsfähigkeit neben anderen durch das Zinsmoratorium finanzierten Maßnahmen (Sozial- und Kulturpolitik) also sicherlich einiges auch zur finanziellen Gesundung unserer Kommune beitragen.

## Kommunales Umweltkonzept

**Wie könnten Ansätze für ein kommunales Umweltkonzept aussehen?**

Ein Hauptaugenmerk sollte auf der Reduktion des durch Energieverbrauch für z.B. Industrie, Verkehr, Beleuchtungen, Heizungen usw. produzierten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes liegen.

Möglich wäre dies einmal mittels stärkerer Investitionen und Anstrengungen



Frezzo-pixelio.de

Umweltbelastungen unserer Industrie- in ihrer Attraktivität als Wohnort und zur

(Windkraft, Solar, Photovoltaik) in Witten, zum anderen durch unzählige, einzelne Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauches (z.B. **kommunal geförderte** Wärmedämmung, ökologisch effiziente Heizungen, energieeffiziente Neubauten) und zum dritten durch die Umstellung des kommunalen Fuhrparks auf Erdgas-, Elektro- oder Wasserstoffantriebe, ein Verbot von LKW-Transit-Verkehr durch unsere Stadt, kostenlosen Shuttleservice für City-Besucher von kostenlosen Parkplätzen außerhalb des Zentrums, bessere Verkehrsplanung, gerade auch bei Baumaßnahmen zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Verkehr.

Auch die, falls technisch realisierbare, Umstellung der Beleuchtungen auf LED-Technik und die Einstellung unnötiger Beleuchtung städtischer Prestigeobjekte (Rathaus, Stadtwerkeverwaltung, Wasser-

turm Bommern) und Geschäftsgebäuden bei überlanger Öffnungszeit würden die CO<sub>2</sub>-Belastung deutlich verringern.

Ein weiteres Standbein sollte Wittens Potential als **Naherholungsgebiet** sein. Hier wäre neben den Effekten der bereits genannten Maßnahmen auf die Umweltqualität eine weitere Investition in den Aufbau (z.B. Steinbruch Ruhr, alternative Uferanbindung Ruhr Bommeraner Seite, Verlängerung des Radwegenetzes) und Erhalt (z.B. Muttental, Hohenstein, Kemnader See) unserer städtischen Naherholungsgebiete und eine bessere Anbindung dieser Gebiete an den öffentlichen Personennahverkehr wünschenswert.

Weiterhin würde ein konsequentes Umweltkonzept natürlich auch einen Bruch des reinen Gewinnstrebens städtischer Betriebe wie z.B. der Stadtwerke nach sich ziehen, ihr zukünftiges Augenmerk

müsste mehr auf der Versorgung der Stadt mit umweltfreundlicher Energie zu kundenfreundlichen Konditionen und auf einem umweltfreundlichen Betrieb ihrer Anlagen, Gebäude und Fahrzeuge liegen.

Wie unseren Aussagen hoffentlich zu entnehmen ist, könnte eine Investition in ein langfristiges, ganzheitliches und modernes Umweltkonzept also einen Beitrag zu einem Ausweg auch aus Wittens bereits in dieser Ausgabe genannter Schuldenfalle sein.

**Dafür benötigen wir jedoch die Millionen Euro, die in Zinszahlung für Kredite fließen. Witten braucht eine Zukunft, also Investitionen für die Sozial-, Kultur- und Umweltpolitik, also ein Zinsmoratorium.** (siehe auch [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de): Positionspapiere - Umwelt und Verkehr

## Realsatire in Kopenhagen - Kommentar zum Welt-Klimagipfel

von René Schlüter, Sprecher im Vorstand von AUF Witten und Mitglied der Umwelt AG

In der letzten Ausgabe von *Witten im AUFbruch* riefen wir mit der Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz ([www.total-recycling.de](http://www.total-recycling.de) bzw. [www.umweltratschlag.de](http://www.umweltratschlag.de)) zu Veranstaltungen und Demonstrationen am 12.12.2009 zum Weltklimatag auf. Ungeachtet des kommunalen Charakters von AUF Witten möchten wir die dort getätigte internationale Umweltpolitik kritisch beleuchten.

### Klimawandel und Staatsgrenzen

Da sich unser Klima weltweit auswirkt und auf menschliche Einflüsse global reagiert, ist eine Eindämmung der durch uns hervorgerufenen negativ verstärkten Effekte eine Aufgabe, die zuallererst über jegliche Staats- und Einflussbereichsgrenzen hinweg von der internationalen Staatengemeinschaft angegangen werden sollte.

### Klimawandel und Profitgier

Aus diesem Grund trifft sich seit längerer Zeit die internationale Staatengemeinschaft zu lang vorbereiteten so genannten Klimakonferenzen.

Dem vom Klimawandel bedrohten globalen Ökosystem helfen jedoch **ein Geschacher um Emissionsrechte** und damit verbundene **privatwirtschaftliche Profite** nicht, lediglich die unternehmerische Profitgier profitiert von einem bezahlten Recht auf Verschmutzung.

### Die Farce von Kopenhagen

Unter den oben genannten Vorzeichen ergab sich nur ein, unter erheblichem Einsatz von Steuergeldern erzielter, **Minimalkonsens** von nur 30 der beteiligten 193 Staaten.

Dieser stellt lediglich fest, dass die von uns Menschen in der Industriegesellschaft produzierten Emissionen einen negativen Einfluss auf die Veränderung unseres Weltklimas **haben könnten** und dass man die daraus folgende Klimaerwärmung unter der Marke von zwei Grad Celsius halten wolle.

Angesichts der mittlerweile wohl jedem Menschen bewussten Gefahr für unser Leben auf diesem Planeten durch den Klimawandel kann man die verantwortungslosen Vorgänge im Vorlauf und während der Ausrichtung dieser Konferenz und damit natürlich auch ihr Ergebnis als **Farce** bezeichnen. Im Schulsystem würden Lehrer von Leistungsverweigerung sprechen und mit ungenügend benoten.

### Klimawandel und Kommunalpolitik

Wenn man die nicht vorhandene Effektivität solcher Konferenzen wie jetzt in Kopenhagen sieht, kommt man nicht umhin, auch im Angesicht der dort gezeigten Verantwortungslosigkeit, nach unserer **eigenen Verantwortung als Menschen und auch als Kommune** zu fragen. Wenn schon die große globale Politik ihren Aufgaben zum Klimaschutz nicht nachkommt, ist das eine Begründung, nicht vor unserer eigenen Haustür zu kehren?

### Klimawandel und kommunaler Haushalt

Deshalb braucht Witten in dieser Zeit der kommunalen Schuldenlasten ein Zinsmoratorium (siehe S. 2), um Geld in ein Umweltkonzept investieren zu können. Wir als Bürger eines der immer noch reichsten Länder der Erde sollten nicht zu schade sein, auch angesichts der Farce von Kopenhagen, einen Schritt weiterzugehen für die Zukunft unserer Stadt und unserer Erde.

## Stadtwerke:

# Aufbruch oder weiterer Abschwung?

Von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von *AUF Witten*

Die Stadtwerke haben einen neuen Geschäftsführer: Uwe Träris (45), gelernter Banker, seit fünfeinhalb Jahren kaufmännischer Geschäftsführer der Energie- und Wasserwerke Bautzen. Er folgt Leo Mating, Ex-Leiter der Stadtwerke Herne, der vor einem Jahr eingesprungen war, als der Zeitvertrag (fünf Jahre) mit Marlies Mathenia nicht verlängert wurde. Diese Blitzaktion zur Reaktivierung eines Pensionärs war in der Energiewirtschaft wohl ein beispielloser Vorgang und verdeutlichte das Versagen des Aufsichtsrates unter Vorsitz der Bürgermeisterin, eine rechtzeitige, vorausschauende und nachhaltige Personalpolitik zu betreiben. Ob man diesmal ein besseres Händchen hat? Wünschen zumindest kann man dem neuen Geschäftsführer alles nur erdenklich Gute! Vor ihm steht die Aufgabe in einer absolut kritischen Situation, die Stadtwerke aus dem *Tal der Ahnungslosen und Glückseligen* zu führen und gewisse *Begünstigte aus dem Paradies* zu entfernen.



## Ahnungslos

Weder unter Frau Mathenia noch unter Herrn Mating erfolgte eine erkennbare wirtschaftliche Weiterentwicklung der Stadtwerke: Stillstand und somit Rückschritt offenbarten sich 2008 in einer **bedenklichen wirtschaftlichen Schieflage, die zuerst von AUF Witten beim Namen genannt und öffentlich gemacht wurde.**

Die zugrunde liegenden gravierenden Personal- und Unternehmensführungsprobleme sowie eine Häufung bedenklicher Privilegien haben ihre Ursache in einem Versagen des Aufsichtsrates unter Führung des jeweiligen SPD-Bürgermeisters.

Auch die von den anderen Wittener Ratsfraktionen delegierten Aufsichtsratsmitglieder haben dem Treiben untätig oder gar ahnungslos (?) zugeschaut, während Versuche von Ratsmitgliedern wie Achim Czulwick (*AUF Witten*) Einsicht zu nehmen und Bürgerbeschwerden über mangelnde Kontrolle und Parteienklüngel nachzugehen, kompromisslos von der Bürgermeisterin abgeschmettert wurden.

Die aufgedeckten Missstände sind nicht erst gestern entstanden, sondern rühren wohl aus der Amtszeit (1993 bis 2003) des damaligen Geschäftsführers Dieter ten Eikelder (SPD).

**Falls der neue Geschäftsführer wirklich seinen Job im Interesse der Wittener Einwohner erledigt, wird es wohl noch bis Mitte 2011 dauern, bis er wirklich in alle Vorgänge eingearbeitet und somit auch handlungsfähig ist.**

Währenddessen bezieht Frau Mathenia über ca. fünf Jahre monatliche Übergangszahlungen von den Stadtwerken,

sofern sie keine neue adäquate Anstellung findet. Sie hinterlässt verschiedene Ahnungslose:

So arbeitet sich derzeit ein vertriebsunerfahrener Prokurist in den Vertrieb ein. Ein sachgebietsfremder Abteilungsleiter soll das einzige Kerngeschäft der Stadtwerke Witten, den Energievertrieb, voranbringen. Wie viel Zeit soll denn noch verschlafen werden mit der Ausbildung vertriebsunerfahrenen Führungspersonals? Andere Stadtwerke setzen hoch motiviertes, gut ausgebildetes Fachpersonal ein, dass neue Kunden gewinnt, anstatt zu verlieren.

Warum das so ist? Weil die Personalführung nicht nach dem Prinzip arbeitet, die jeweils Fähigsten mit den Aufgaben zu betrauen, sondern darauf bedacht ist, Pöstchen für Günstlinge zu schaffen. *AUF Witten* liegen verschiedene Belege vor über unglaubliche Mobbingvorgänge, die nicht in die breite Öffentlichkeit gelangten. Zum Teil wurden den Betroffenen Bezüge ohne Arbeitsleistung gewährt, um sie mundtot zu machen.

Der Preis dafür ist ein Klima der Einschüchterung und Inkompetenz, und das ist keinesfalls in vergleichbaren Stadtwerken genauso.

## Glückselig

Die Stadtwerke Herne in unserer unmittelbaren Nachbarschaft erwirtschafteten 2008 einen Gewinn von 12,07 Mio. € Die Stadtwerke Witten dagegen mit 1,26 Mio. € nur ein Zehntel davon.

In Wahrheit ist das **Ergebnis negativ**, weil *neutrale Erträge* in Höhe von 1,4 Mio. € eingerechnet sind, die gar nicht erwirtschaftet wurden.

## Hintergrund

### Headhunterverfahren

**Statt bundesweit auszuschreiben, wurde ein Personalberatungsunternehmen mit der Suche nach dem neuen Geschäftsführer beauftragt. Unseres Wissens nicht öffentlich, sondern im Headhunter-Verfahren.**

**Für ein Unternehmen von der Größenordnung der Stadtwerke Witten äußerst merkwürdig. Warum wurden nicht in einschlägigen Fachzeitschriften Stellenausschreibungen geschaltet, um so einen großen Bewerberkreis zu erschließen?**

**In Witten brachte der Headhunter eine sehr kleine, auf ca. fünf begrenzte Bewerberanzahl zustande.**

**Sollten nur politisch genehme Bewerber in die engste Auswahl Einlass finden? Oder sind die Stadtwerke Witten bundesweit schon so bekannt (verrufen?), dass öffentliche Stellenanzeigen vermieden werden müssen?**

Ungeachtet dieser Realität wird den Wittener Bürgerinnen und Bürgern wider besseren Wissens die „Erfolglosigkeit“ verschwiegen. Öffentlichkeitswirksam werden Dinge wie die Inbetriebnahme einer Photovoltaikanlage als Erfolgsprojekte herausgestellt, die in heutiger Zeit bei der gewählten Größenordnung schon für Normalanwender gängiger Standard sind. Wollten die Stadtwerke wirklich eine alternative Energiequelle betreiben,



wäre das erst ab einer zehnfachen Größe an glaubhaft.

Auch die Objektbeleuchtung Burgruine Hardenstein oder die finanzielle Beteiligung an Kraftwerks- bzw. Gasspeicherprojekten wird gerne herausgestellt.

Dabei aber verschwiegen, dass letztgenannte Projekte von der eigenständigen Gesellschaft Trianel geplant, errichtet und betrieben werden, die Stadtwerke Witten lediglich Gesellschaftsanteile und daraus resultierende Gewinnansprüche erwerben - eine banale Investition. Sach- und Fachkompetenz sind hierfür nicht erforderlich.

Eine Geringschätzung in der ewmr, Ausstieg aus der Netzgesellschaft nmr, kritische Bewertung durch umliegende Stadtwerke, Fehlen von marktgerechten und wettbewerbsfähigen Produkten, etc. werden selbstherrlich ignoriert - welche Glückseligkeit.

## Paradiesisch

In zurückliegenden Ausgaben unserer Zeitung „Witten im AUFbruch“ haben wir mehrfach auf die seit Jahren bestehenden Auffälligkeiten wie unangemessene Jahresgehälter und Leistungen an einen gewissen Begünstigtenkreis hingewiesen.

Den beiden Prokuristen S. und A. werden immer noch fragwürdige Vergütungen und Leistungen nach Richtlinien des Beamtengesetzes sowie eine steuerfreie Erstattung der Arbeitnehmerbeiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung gewährt, obwohl sie die beamtenrechtlichen Voraussetzungen eindeutig nicht erfüllen.

Des Weiteren repräsentative Dienstfahrzeuge mit kostengünstigster, umfassender privater Nutzung, jährliche Leistungsprämien von ca. 2.500 €, 50%-iger Rabatt auf den privaten Energieverbrauch - was sich auf rund 10.000 € als angenehme Zulage zu den üppigen Jahresgehältern von ca. 90.000 € aufsummiert.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Witten erhält als Angestellter und einfacher Sachbearbeiter bei den Stadtwerken ein Spitzeneinkommen von ca. 65.000 € wie ein Akademiker.

Auch der Übergangs-Geschäftsführer Leo Mating wurde von dem allgemeinen paradiesischen Klima infiziert. Hat er noch bei Dienstantritt zum 01.02.2009 auf ein Dienstfahrzeug verzichtet, bekommt er jetzt kurz vor seinem Ausscheiden ein personenbezogenes Dienstfahrzeug gestellt, welches er selbstverständlich mit seinem Ausscheiden privat übernehmen kann.

Dabei erfolgt die Anschaffung des Dienstfahrzeuges durch die Stadtwerke mittels *günstigen Leasingvertrags*, welcher mit Auflösung seines Geschäftsführervertrages vom Privatmann Mating dann übernommen wird. Somit gelangt dieser geräuschlos zu einem angenehm günstigen privaten Wunsch-PKW.

In heutiger Zeit, wo Arbeitnehmern wegen dem Verzehr zweier betriebseigener Frikadellen sogar mit dem Segen hoher Arbeitsrichter gekündigt werden kann, sind solche paradiesischen Zustände für einige wenige in keinster Weise akzeptabel.

Auch ohne die gewährten Privilegien brauchen sich die betreffenden Stadtwerkemitarbeiter um ihr Auskommen keine Sorgen zu machen - ganz im Gegensatz zu vielen ihrer Kunden.

## Witten braucht seine Stadtwerke

Für AUF Witten gibt es zu Stadtwerken, die im Eigentum der Kommune stehen und allein dafür da sind, um gute und preiswerte Leistungen für den Verbrauch anzubieten, keine Alternative. Privatisierung ist keine Lösung und mit uns nicht zu machen.

Aber wenn die Misswirtschaft bei den Stadtwerken so weiter geht, werden diese nicht nur weiter treue Kunden verlieren, sondern auch irgendwann mal von der Konkurrenz gefressen. Als Goldesel für einige Privilegierte und Paradies für die Glückseligen mit den richtigen Beziehungen jedenfalls sind die Stadtwerke nicht zu halten.

### Leserbrief

**Als langjähriger Kunde der Stadtwerke habe ich im Prinzip immer darauf vertraut, dass die Rechnungen im großen Ganzen reell sind und dass es keinen Sinn macht, wegen ein paar Euro die Anbieter zu wechseln wie das Hemd.**

**Ich musste aber zu meinem Ersauern feststellen, dass ich trotz umfangreicher Energieeinsparmaßnahmen an meinem 3 Familien Haus bei einem Preisvergleich zu einem anderen Anbieter bei einem Verbrauch von 36.760 kWh hätte über 800 € sparen können.**

**Als ich bei den Stadtwerken anrief und nach längerem Hin und Her den zuständigen Herrn am Apparat hatte, teilte man mir im Endergebnis mit, man könne mir ja 27 € erstatten.**

**Da war für mich die Sache gelaufen, die Stadtwerke haben einen Kunden verloren und nicht nur für ein paar Tage. Ich bin's leid, derart abgezockt zu werden.**

**E-Mail - Name der Red. bekannt**

## 5 Jahre Hartz IV

# Warum AUF Witten den Widerstand unterstützt

Bereits die zweite Säule der Hartz-IV-Gesetzgebung wurde jetzt vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft. Nach der Kritik an den gemeinsamen ArbeitsGemeinschaften zwischen Arbeitsagentur und Kommunen folgte die an den Berechnungsgrundlagen für den Bezug von Arbeitslosengeld II für Kinder und Erwachsene.

## Die Kritik muss tiefer gehen!

Die Berechnung von Hartz IV verstößt gegen die Menschenwürde. Das ist jedem Betroffenen schmerzlich bewusst. **Doch nicht nur die Berechnung!** Es ist das ganze Gesetzeswerk, mit dem ein staatlich organisierter Niedriglohnsektor eingerichtet wird: das Lohnniveau in Deutschland ist seit Hartz IV um rund 30 Prozent gefallen – parallel zu den rund sieben Millionen weggefallenen Vollzeitarbeitsplätzen.

Das bleibt aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) ausgeblendet. Deshalb muss der Widerstand gegen die Hartz-IV-Gesetze weitergehen. Als Unterdrückungs- und Disziplinierungsinstrument auf dem Arbeitsmarkt begünstigt es Unternehmer, in dem der Preis für die Arbeitskraft gesenkt wird. Wer sich dem nicht fügt, wird gemäßregelt!

vorzuschreiben, wie die Bundesregierung zu rechnen hat, **damit künftige Kürzungen des Arbeitslosengeldes II verfassungsrechtlich nicht mehr angreifbar sind.**

Deshalb gibt es keine Alternative zu der Forderung „Weg mit Hartz IV“ – auch wenn es für die betroffenen Familien schon ein Erfolg wäre, wenn die Regelsätze erhöht würden. Dafür aber wird es keinen Automatismus geben. Selbst eine Erhöhung wird nur durch einen Massenprotest zu erreichen sein.

## Kürzungen sind möglich

Nach Plänen der Bundesregierung sollen die im ALG II enthaltenen Ansparbeträge für Bekleidung, Haushaltsgeräte und Möbel, deren willkürliche Kürzung das BVerfG als rechtswidrig erklärt hatte, ganz aus dem Regelsatz ausgegliedert und stattdessen bei Bedarf als Gutscheine ausgegeben werden. Das bewirkt:

- Das Urteil des BVerfG wird verfassungskonform umgesetzt
- der Regelsatz kann gesenkt werden
- nicht eingelöste Gutscheine (aus Scham) bringen Einsparungen

Höchste Wachsamkeit ist also angesagt!

## Wer betrügt?

Schon der Begriff **Arbeitslosengeld II** ist ein Betrug, denn es hat mit der Arbeit und der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nichts zu tun. Spätestens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit bekommt jeder

unabhängig davon, was er mal eingezahlt hat, denselben Betrag. Warum ist dem BVerfG dieses himmelschreiende Unrecht nicht aufgefallen?

Zum Betrug gehört auch die ständig wiederholte Leier, ein Arbeitsloser dürfe nicht mehr erhalten, als einer, der jeden

Morgen zur Arbeit geht. Hört sich vernünftig und gerecht an, und war früher auch mal so.

Aber seit Hartz IV sind die Löhne durch ungehemmte Freigabe der Leiharbeit mit Niedriglöhnen extrem gesunken. **Nicht die Sozialleistungen sind zu hoch, sondern die Nettolöhne der Aktiven sind zu niedrig.** Bei einer vierköpfigen Facharbeiterfamilie mit einem jährlichen Durchschnittsbruttoverdienst von 30.000 € nimmt der Staat, rechnet man „die Arbeitgeberbeiträge als zu hundert Prozent vorenthaltenen Lohn in Höhe von 6.000 € noch hinzu, von insgesamt 36.000 € glatt ein Drittel weg.“

(Jürgen Borchert, Vorsitzender des 6. Senats des hessischen Landessozialgerichts, in der FAZ vom 9.2.2010)

## Missbrauch

Der Betrug mit Hartz IV geht von der Politik aus und nicht von den Betroffenen. Auch der Missbrauch von Hartz IV besteht vor allem darin, dass geltendes Recht mit Füßen getreten wird. Das haben die Politiker, die Hartz IV beschlossen haben und mit Sanktionen gegen die Menschenwürde von ALG-II-Beziehern vorgehen, jetzt schriftlich vom BVerfG bestätigt bekommen. **Hartz IV ist ein Missbrauch an mehrheitlich ohne eigene Schuld in eine Notlage geratenen Menschen.**

Das überhaupt traurigste daran ist, dass sogar ein Gesetz nicht garantiert, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen geachtet werden.

Das sagt eigentlich alles aus: über das Rechtsempfinden von Politikern wie Schröder, Fischer, Müntefering, Steinmeier, Merkel, Westerwelle usw...

Und auch über ihr Verhältnis zur Jugend und zur Zukunft der Gesellschaft.

**AUF Witten jedenfalls wird aus dieser Verantwortung heraus weiterhin den Kampf gegen Hartz IV und gegen die Agenda 2010 unterstützen. Es gibt Alternativen!**



## Hartz IV muss weg!

Die Forderungen von CDU- und FDP-Politikern nach Senkung der Regelsätze verdeutlichen, was auf uns zukommen wird. Schließlich hat sich das BVerfG sehr viel Mühe gemacht, bis ins Detail

# Die Zeit ist reif für einen neuen Aufbruch der internationalen Frauenbewegung

Gastbeitrag für *Witten im AUFbruch* zum Internationalen Frauentag am 8. März vom Frauenverband Courage e.V. – Frauengruppe Witten - [www.courage-witten.de](http://www.courage-witten.de)

## Immer noch aktuell

Der 8. März als internationaler Frauentag hat nichts von seiner Bedeutung verloren, im Gegenteil. Die Kämpfe der Frauen weltweit, die um ihre Lebensinteressen kämpfen, nehmen zu.

Umweltkatastrophen wie auf Haiti, Hungersnöte und der Kampf um Arbeitsplätze wurden durch die Finanz- und Wirtschaftskrise noch verschärft.

Millionen Frauen auf allen Kontinenten erleben am eigenen Leib Armut, Erwerbslosigkeit, Arbeit mit minimalen Löhnen und die Zerstörung ihrer Umwelt. Der Menschenhandel, die Pornographie, Drogen und die Gewalt gegen Frauen und Kinder ist ein lukratives Geschäft derer, die davon profitieren.

## Nicht abfinden

**Wir** - finden uns nicht ab mit Hartz IV, niedrigen Löhnen, Massenarbeitslosigkeit, Abbau von Ausbildungsplätzen für die Jugend und der Schließung von städtischen Einrichtungen. Die Menschen verachtende Kultur, die von den Massenmedien verbreitet wird mit Sexismus und Gewaltverherrlichung, zerstört unsere Jugend und unsere Familien.

**Wir** - sind nicht die Verursacher der Krise.

**Wir** - haben auch nicht "über unsere Verhältnisse gelebt", im Gegenteil. Damit uns die alltäglichen Sorgen für unsere Familie und unsere Kinder nicht mutlos werden lassen, stehen wir dafür, mit Mut, Zuversicht, Selbstbewusstsein und Lebensfreude für eine lebenswerte Zukunft zu streiten und auf die Straße zu gehen. Aber es ist nicht leicht die oft komplizierten Fragen und Probleme des Alltags zu lösen und dann auch noch seine berechtigten Interessen durchzusetzen und auf die Straße zu tragen.

Darum ist das diesjährige Motto unseres Frauenverbandes Courage:

**Courage-Frauen mit Mut tut gut!**

## Frauenpolitischer Ratschlag im Oktober

Wir wollen uns gemeinsam für eine menschenwürdige Zukunft einsetzen. Und damit auch alle Meinungen und Erfahrungen zusammenkommen, beteiligen wir uns in diesem Jahr wieder an

der ganzen Welt leben und ihre Alltagsprobleme bewältigen.

Auf der Grundlage einer weltanschaulich demokratischen Offenheit findet ein Erfahrungsaustausch und eine Begegnung statt, die uns die politischen und kulturellen Reichtümer der verschiedenen Länder hautnah erleben lässt.

## Weltfrauenkonferenz

Ein besonderer Schwerpunkt in diesem Jahr ist national und international die Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen, die 2011 vom 4. bis 8. März in der Hauptstadt Venezuelas, in Caracas, stattfinden wird.

In örtlichen Stadtkonferenzen - auch hier in Witten - ist es möglich, die regionalen und örtlichen Aktivitäten zusammenzutragen und durch aktive Mitarbeit zum Gelingen der Weltfrauenkonferenz beizutragen.

Wer mehr erfahren möchte kann sich informieren auf der Homepage

<http://frauenpolitischerratschlag.de>

oder uns Courage-Frauen ansprechen, die mit einem vielfältigen Programm in der örtlichen Presse regelmäßig präsent sind.

**Zum Internationalen Frauentag ist die Frauengruppe Courage am Samstag, den 6. März 2010 von 11:00-13:00 Uhr auf dem Berliner Platz mit einem Infostand anzutreffen.**

**Wir erwarten Sie unter dem Motto:**

**Courage-Frauen mit Mut tut gut!**



dem **9. Frauenpolitischen Ratschlag** im Oktober.

Der **Frauenpolitische Ratschlag** ist eine Veranstaltung für Frauen und Mädchen, Frauengruppen aus den Betrieben, der Friedensbewegung und der Bewegung der Montagsdemonstrationen.

Er ist eine internationale, frauenpolitische und kulturelle Plattform, auf der sich Frauenprojekte, -gruppen, -organisationen und Parteien aus Deutschland und anderen Ländern, ebenso wie Einzelfrauen austauschen können.

Hier treffen sich Frauen und Männer, denen die Internationale Frauenbewegung am Herzen liegt, die unter großem Einsatz ihren Alltag bewältigen, aber sich selbst nicht alle als „politisch aktiv“ bezeichnen würden, dennoch aber interessiert sind zu erfahren, wie Frauen auf

## „Gebt der Jugend eine Chance“, sie ist ein Stützpfeiler unserer Gesellschaft.

von Gregor Duve, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Verehrte Bürgerinnen und Bürger,

Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten über ständig steigende Kinderarmut. Bundesweit sind es mittlerweile fünf Millionen, in unserer Stadt Witten jedes vierte Kind, wobei die Tendenz steigt.

Kinderarmut bedeutet nicht nur finanzielle Not, sondern oft auch fehlende Liebe und Zuwendung seitens der Familie, immer aber fehlende Pflichterfüllung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

So gesehen ist Kinderarmut auch in mittleren und oberen Schichten angesiedelt in Form unzureichender Bildungsqualitäten. Bildung und Fortbildung scheitern am Verständnis von Politik und Wirtschaft. Mit fadenscheinigen Versprechungen versucht man diese Probleme zu kaschieren. Fakt ist jedoch, dass die Lebenssituation für unsere Kinder und Jugend eher schlechter als besser wird.

Kinder und Jugendliche stehen schon in ihren jungen Jahren unter einem ständigen Leistungsdruck, Auslöser von Stress, Angst, Mobbing. Nicht selten sind auch ernsthafte psychische Störungen wie Depressionen, die Flucht in die Sucht und ähnliches die Folge.

Unterrichtsausfälle durch fehlende Pädagogen sind keine Seltenheit und fördern das ganze Geschehen um ein vielfaches. Warnsignale aus den Reihen der Philologenverbände, Sozialverbände, sowie Hilferufe der Kinder selbst werden oft nicht richtig bzw. gar nicht wahrgenommen.

Nicht jedes Kind ist ein leicht lernfähiger Überflieger. In vielen Fällen sind sie so genannte Spätzünder, deren fachliche Qualitäten, wenn sie gefördert werden, erst ausreifen.

Jährlich werden Millionen Euro Steuergelder verschwendet, für Kriegseinsätze sogar Milliarden Euro ausgegeben. Weltweit werden Kinder Opfer dieser sinnlosen Attacken.

Banken und Finanzkonsortien, die mutwillig das Geld der Anleger mit dubiosen Geschäften verzoockt haben, wird ohne zu zögern über Nacht mit Milliarden Euro geholfen.

Was geschieht mit unserer Jugend? Sie wird, um es einmal sarkastisch auszudrücken, als Randfigur behandelt.

AUF Witten fordert ein Umdenken von der Landes- und Bundesregierung bis hin in die Kommunalparlamente: mehr Finanzmittel, qualifizierte Pädagogen, Sozialarbeiter und Betreuungspersonal, sowie auch notwendige Einrichtungen an Freizeitgestaltungen für Kinder und

Jugendliche kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Was unsere Kinder und Jugendlichen brauchen sind stressfreie Fördermaßnahmen, sowohl in der Frühförderung als auch in der Aus- und Weiterbildung.

**Nicht umsonst sagt man: Kinder sind unsere Zukunft. Wieviel ist uns die Zukunft wert, wie soll diese Zukunft aussehen?**

Für AUF Witten ist klar, der Mensch muss in den Mittelpunkt der Politik. Wie gut das gelingt, kann man besonders gut an der Kinder- und Jugendpolitik erkennen.

Setzen Sie sich mit uns dafür ein, der Jugend eine echte Chance für die Zukunft zu erkämpfen, Ansatzpunkte und Möglichkeiten dafür gibt es viele!



### ► Die nächsten Termine mit AUF Witten – kommen Sie doch dazu! ◀

**Samstag, 20. März 2010:** 11 - 13 Uhr  
Infostand Innenstadt, Berliner Platz

**Dienstag, 23. März 2010** 19 Uhr  
Umweltstammtisch, Ratskeller

**Montag, 19. April 2010:** 18.30 Uhr  
Umwelt-AG  
Ort erfragen bei Herbert Schlüter, 02302/68426

Wer bei unserer Zeitung *Witten im AUFbruch* mitarbeiten will, wende sich bitte an Romeo Frey (s. u.)

**Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:**

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail [info@auf-witten.de](mailto:info@auf-witten.de)

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de)